S 21 AS 700/20 ER

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Hessen

Sozialgericht Sozialgericht Darmstadt

Sachgebiet Grundsicherung für Arbeitsuchende

Abteilung 21

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 21 AS 700/20 ER

Datum 02.11.2020

2. Instanz

Aktenzeichen L 6 AS 554/20 B ER

Datum 15.12.2020

3. Instanz

Datum -

- 1. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung wird abgelehnt.
- 2. Die Beteiligten haben einander keine Kosten zu erstatten.

Gründe:

Der Antrag,

die aufschiebende Wirkung der Klage gegen den Bescheid v. 07.08.2020 in Gestalt des Widerspruchsbescheides v. 26.08.2020 anzuordnen, ist zulĤssig, aber unbegründet.

GemäÃ∏ § 86a Abs. 1 S. 1 Sozialgerichtsgesetz (SGG) haben Widerspruch und Anfechtungsklage aufschiebende Wirkung. Diese entfäIlt jedoch nach § 86a Abs. 2 Nr. 4 SGG in durch Bundesgesetz vorgeschriebenen FäIlen. Ein solcher Fall ist in § 39 Nr. 2 SGB II vorgeschrieben. Danach haben Widerspruch und Anfechtungsklage gegen einen Verwaltungsakt, mit dem zur Beantragung einer vorrangigen Leistung aufgefordert wird, keine aufschiebende Wirkung. Mit Bescheiden vom 07.08.2020 und 26.08.2020 hat die Antragsgegnerin den Antragsteller zur Beantragung einer vorzeitigen Altersrente aufgefordert; die

hiergegen fristgerecht erhobene Anfechtungsklage des Antragstellers hat keine aufschiebende Wirkung. Das Gericht kann in diesem Fall auf Antrag gemäÃ∏ § 86b Abs. 1 S. 1 Nr. 2 SGG die aufschiebende Wirkung anordnen.

Im Rahmen der Prüfung des <u>§ 86b Abs. 1 S. 1 Nr. 2 SGG</u> ordnet das Gericht die aufschiebende Wirkung an, wenn der Verwaltungsakt offenbar rechtswidrig und der Betroffene dadurch in seinen subjektiven Rechten verletzt ist; demgegenļber wird die aufschiebende Wirkung nicht angeordnet, wenn die Klage aussichtslos ist (Keller, in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 12. Aufl. 2017, § 86b Rn. 12f). Sind die Erfolgsaussichten nicht in dieser Weise abschĤtzbar, ist eine allgemeine InteressenabwĤgung vorzunehmen, wobei die Aussichten des Hauptsacheverfahrens mitberücksichtigt werden können. Es gilt der Grundsatz: Je gröÃ∏er die Erfolgsaussichten sind, umso geringer werden die Anforderungen an das Aussetzungsinteresse des Antragstellers sein (Keller, in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 12. Aufl. 2017, § 86b Rn. 12f). Bei der Interessenabwägung ist in den Fällen des <u>§ 86a Abs. 2 Nr. 1 bis 4 SGG</u> zudem zu berücksichtigen, dass aufgrund der vom Gesetzgeber in diesen Fällen grundsÄxtzlich angeordneten sofortigen Vollziehung ein Regel-AusnahmeverhÃxltnis zugunsten des Vollziehungsinteresses gegenüber dem Aufschubinteresse des Antragstellers abzuleiten ist (Keller, in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 12. Aufl. 2017, § 86b Rn. 12f). Die aufschiebende Wirkung kann daher in diesen FĤllen nur angeordnet werden, wenn ein überwiegendes Interesse des durch den Verwaltungsakt Belasteten feststellbar ist.

Die genannten Voraussetzungen f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r eine Anordnung der aufschiebenden Wirkung sind hier nicht erf $\tilde{A}^{1}/_{4}$ llt. Die Aufforderung an den Antragsteller, zum 01.11.2020 eine vorzeitige Altersrente zu beantragen, ist rechtm \tilde{A} \cong \tilde{A} \subseteq 1 ig.

Rechtsgrundlage für die Aufforderung zur Beantragung einer vorzeitigen Altersrente ist § 12 a iVm. § 5 Abs. 3 S. 1 SGB II. Nach § 12 a S. 1 SGB II sind Leistungsberechtigte verpflichtet, Sozialleistungen anderer Träger in Anspruch zu nehmen und die dafür erforderlichen Anträge zu stellen, sofern dies zur Vermeidung, Beseitigung, Verkürzung oder Verminderung der Hilfebedürftigkeit erforderlich ist, wobei nach § 12 a S. 2 Nr. 1 SGB II keine Verpflichtung besteht, bis zur Vollendung des 63. Lebensjahres eine Rente wegen Alters vorzeitig in Anspruch zu nehmen. Stellen Leistungsberechtigte trotz Aufforderung einen erforderlichen Antrag nicht, können nach § 5 Abs. 3 S. 1 SGB II die Leistungsträger nach dem SGB II den Antrag stellen.

Der Anwendungsbereich der Vorschriften ist zunĤchst erĶffnet. Denn der Antragsteller ist Leistungsberechtigter im Sinne des <u>ŧ 7 Abs. 1 SGB II</u> und er kĶnnte mit Vollendung seines 63. Lebensjahres am 30.10.2020 ab dem 01.11.2020 eine vorzeitige Altersrente für langjährig Versicherte gemäÃ∏ <u>§ 236 SGB VI</u> in Anspruch nehmen und hierdurch seine Hilfebedürftigkeit vermindern. Die Inanspruchnahme einer vorzeitigen Altersrente gehört grundsätzlich zu den vorrangigen Leistungen â∏ trotz der mit ihr verbundenen dauerhaften Rentenabschläge für jeden Kalendermonat einer vorzeitigen

Inanspruchnahme (BSG, Urteil vom 9. August 2018 â_{□□} <u>B 14 AS 1/18 R</u> â_{□□} Juris Rn. 14).

Der Antragsteller ist auch nicht nach <u>§ 1 UnbilligkeitsV</u> von seiner Verpflichtung zur Rentenantragstellung befreit, weil die Inanspruchnahme unbillig wäre. Die auf die Verordnungsermächtigung des <u>§ 13 Abs. 2 SGB II</u> gestützte Verordnung zur Vermeidung unbilliger Härten durch Inanspruchnahme einer vorgezogenen Altersrente (UnbilligkeitsV vom 14.4.2008, <u>BGBI I 734</u>, idF. der Ã∏nderung vom 4.10.2016, <u>BGBI. I 2210</u>) regelt abschlieÃ∏end die Ausnahmetatbestände, bei deren Vorliegen Leistungsberechtigte zur Inanspruchnahme einer vorgezogenen Altersrente nicht verpflichtet sind (vgl. dazu BSG, Urteil vom 19. August 2015 â∏ <u>B 14 AS 1/15 R</u> -Juris Rn. 23 f.; BSG, Urteil vom 09. August 2018 â∏ <u>B 14 AS 1/18 R</u> â∏ Juris Rn. 17).

Die Tatbestände der §Â§ 2 â∏ 6 UnbilligkeitsV sind hier nicht erfüllt.

Insbesondere ist die Inanspruchnahme nicht deshalb unbillig, weil der Antragsteller in nächster Zukunft die Altersrente abschlagsfrei in Anspruch nehmen könnte (§ 3 UnbilligkeitsV). Denn abschlagsfrei könnte er die Altersrente fýr langjährig Versicherte gemäÃ \Box der Rentenauskunft v. 13.08.2018 erst bei einem Rentenbeginn ab dem 01.10.2023 in Anspruch nehmen. Auch eine Altersrente fýr schwerbehinderte Menschen könnte er sofern die Voraussetzungen hierfür vorliegen \hat{a} \Box frühestens ab dem 01.10.2021 abschlagsfrei erhalten.

Auch eine Unbilligkeit nach <u>§ 6 UnbilligkeitsV</u> liegt hier nicht vor. Nach <u>§ 6 S. 1 UnbilligkeitsV</u> ist die Inanspruchnahme unbillig, wenn Leistungsberechtigte dadurch hilfebedýrftig im Sinne der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch werden würden. Dies ist gemäÃ∏ Satz 2 insbesondere anzunehmen, wenn der Betrag in Höhe von 70 Prozent der bei Erreichen der Altersgrenze (<u>§ 7a</u> des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch) zu erwartenden monatlichen Regelaltersrente niedriger ist als der zum Zeitpunkt der Entscheidung ýber die Unbilligkeit maÃ∏gebende Bedarf der leistungsberechtigten Person nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch.

Zwar sind die Voraussetzungen des Regelbeispiels aus Satz 2 der Vorschrift hier offensichtlich erfļllt, da der Antragsteller laut der genannten Rentenauskunft lediglich eine Regelaltersrente i.H.v. 568,46 EUR zu erwarten hat und 70 % hiervon seinen aktuellen Bedarf nach dem SGB II i.H.v. 945,34 EUR nicht einmal zur HĤlfte abdecken wļrden.

Jedoch fehlt es an der weiteren Voraussetzung fÃ $\frac{1}{4}$ r eine Unbilligkeit aus Satz 1 der Vorschrift, wonach die Inanspruchnahme nur dann unbillig ist, wenn hierdurch eine HilfebedÃ $\frac{1}{4}$ rftigkeit im Alter verursacht wird. Dies ist hier nicht der Fall, da der Antragsteller prognostisch, d.h. unter BerÃ $\frac{1}{4}$ cksichtigung des erwartbaren Geschehensablaufs, auch mit seiner (abschlagsfreien) Regelaltersrente noch bedÃ $\frac{1}{4}$ rftig und auf Leistungen nach dem 4. Kapitel SGB XII angewiesen sein wird. Dass die Rentenabschl $\frac{1}{4}$ xge bei einer "erzwungenen" vorzeitigen Beantragung von Altersrente f $\frac{1}{4}$ r die Entstehung der Bed $\frac{1}{4}$ rftigkeit urs $\frac{1}{4}$ xchlich sein m $\frac{1}{4}$ xsen,

folgt zum einen aus dem Wortlaut der Vorschrift ("dadurch"), der ein KausalitĤtserfordernis zum Ausdruck bringt. Zweitens ergibt sich dies aus dem Willen des Verordnungsgebers, wonach Ziel der Vorschrift sein soll, Hilfebedürftigkeit im Alter zu vermeiden, die "allein durch die vorzeitige Inanspruchnahme der Altersrente und die damit verbundenen AbschlĤge in der Höhe der Altersrente resultiert" (Begründung zum Verordnungsentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Erste Verordnung zur Ã \Box nderung der Unbilligkeitsverordnung, Bearbeitungsstand 19.09.2016, S. 6). Dieses Ziel kann aber nur dann überhaupt erreicht werden, wenn eine Hilfebedürftigkeit im Alter bei abschlagsfreier Rente voraussichtlich gerade nicht eintreten würde.

Zwar werden in anderen Teilen der Verordnungsbegrļndung durchaus auch Argumente referiert, die generell gegen die Inanspruchnahme einer vorzeitigen Altersrente mit AbschlĤgen bei fortbestehender ergĤnzender Hilfebedürftigkeit sprechen. So hei̸t es dort auf Seite 3: "Unnötige Bürokratie ergibt sich aber auch dann, wenn die Altersrente bereits ohne Abschläge nicht zur Ã∏berwindung der Hilfebedürftigkeit ausreicht. In diesem Fall erfolgt durch die Inanspruchnahme lediglich ein (früherer) Wechsel der Leistungsträger, ohne dass die Hilfebedürftigkeit überwunden wird. Die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende mýssen zur Antragstellung auffordern, die tatsächliche Antragstellung ýberwachen und ggf. selbst einen Antrag stellen." Jedoch haben diese ErwĤgungen in der konkreten Formulierung der Vorschrift des § 6 UnbilligkeitsV letztlich keinen Niederschlag gefunden. Dort ist gerade nicht davon die Rede, dass schon eine VergröÃ∏erung der Bedürftigkeit im Alter durch die Inanspruchnahme vorzeitiger Altersrente zu einer Unbilligkeit führten soll. Zudem spricht die Begründung zur konkreten Vorschrift des § 6 S. 1 Unbilligkeitsverordnung dezidiert von alleiniger UrsÄxchlichkeit des vorzeitig erzwungenen Renteneintritts fÃ1/4r die HilfebedÃ1/4rftigkeit.

Auch im Ã|| brigen ist die Aufforderung zur Rentenantragstellung nicht zu beanstanden. Insbesondere hat die Antragsgegnerin bei der Entscheidung ý ber die Aufforderung ihr EntschlieÃ|| ungsermessen (vgl. hierzu BSG, Urteil vom 19. August 2015 â|| B 14 AS 1/15 R, BSGE 119, 271-286, SozR 4-4200 § 12a Nr. 1) erkannt und fehlerfrei ausgeý bt. Dass dies erst im Widerspruchsbescheid erfolgte, ist unschädlich, da die Ermessensausý bung bis dahin nachgeholt werden kann. Das Gericht kann zudem bereits nicht erkennen, weshalb hier ein atypischer Fall im Sinne der hö chstrichterlichen Rechtsprechung angenommen werden sollte, der erst das Erfordernis zur umfangreichen Ermessensabwägung auslöst. Trotzdem hat die Antragsgegnerin die relevanten Belange im Widerspruchsbescheid umfassend und unter Berý cksichtigung des Ermessenszwecks abgewogen.

Das Gericht kann in der an den Antragsteller gerichteten Aufforderung, eine abschlagsbehaftete Altersrente zu beantragen, auch keinen VerfassungsverstoÄ erkennen. Insofern wird zunÄxchst vollumfÄxnglich auf die umfassenden Ausfļhrungen in der Entscheidung der zuletzt genannten Entscheidung des BSG Bezug genommen. Zum Vorbringen der Antragstellerseite ist auszufļhren, dass der bemÄxngelte VerstoÄ gegen das Zitiergebot aus Art. 19 Abs. 1 S. 2 GG schon deshalb nicht vorliegen kann, weil dieses nach stÄxndiger Rechtsprechung des

BVerfG auf EinschrĤnkungen des <u>Art. 14 Abs. 1 S. 2 GG</u> im Rahmen von Inhalts-und Schrankenbestimmungen keine Anwendung findet (s. schon BVerfG, Beschluss vom 12. Januar 1967 â \square 1 BvR 168/64 â \square 7, BVerfGE 21, 92-93). Die o.g. Entscheidung des BSG enthĤlt im Ä \square brigen auch AusfÄ 1 4hrungen zur Frage der VerhĤltnismĤÄ \square igkeit des Eingriffs in die allgemeine Handlungsfreiheit des aufgeforderten LeistungsempfÄ 1 2ngers, die sich nach Auffassung des Gerichts auf die Rechtfertigung des Eingriffs in die Eigentumsgarantie des <u>Art. 14 Abs. 1 S. 1 GG</u> Ä 1 4bertragen lassen.

Die Kostenentscheidung folgt aus einer entsprechenden Anwendung des <u>ŧ 193 SGG</u>. Das zulĤssige Rechtsmittel der Beschwerde ergibt sich aus <u>ŧ 172 Abs. 1 SGG</u>.

Erstellt am: 01.02.2021

Zuletzt verändert am: 23.12.2024